

Initiativen und Positionen

Arbeitskreis Kultur und Medien der AfD-Bundestagsfraktion

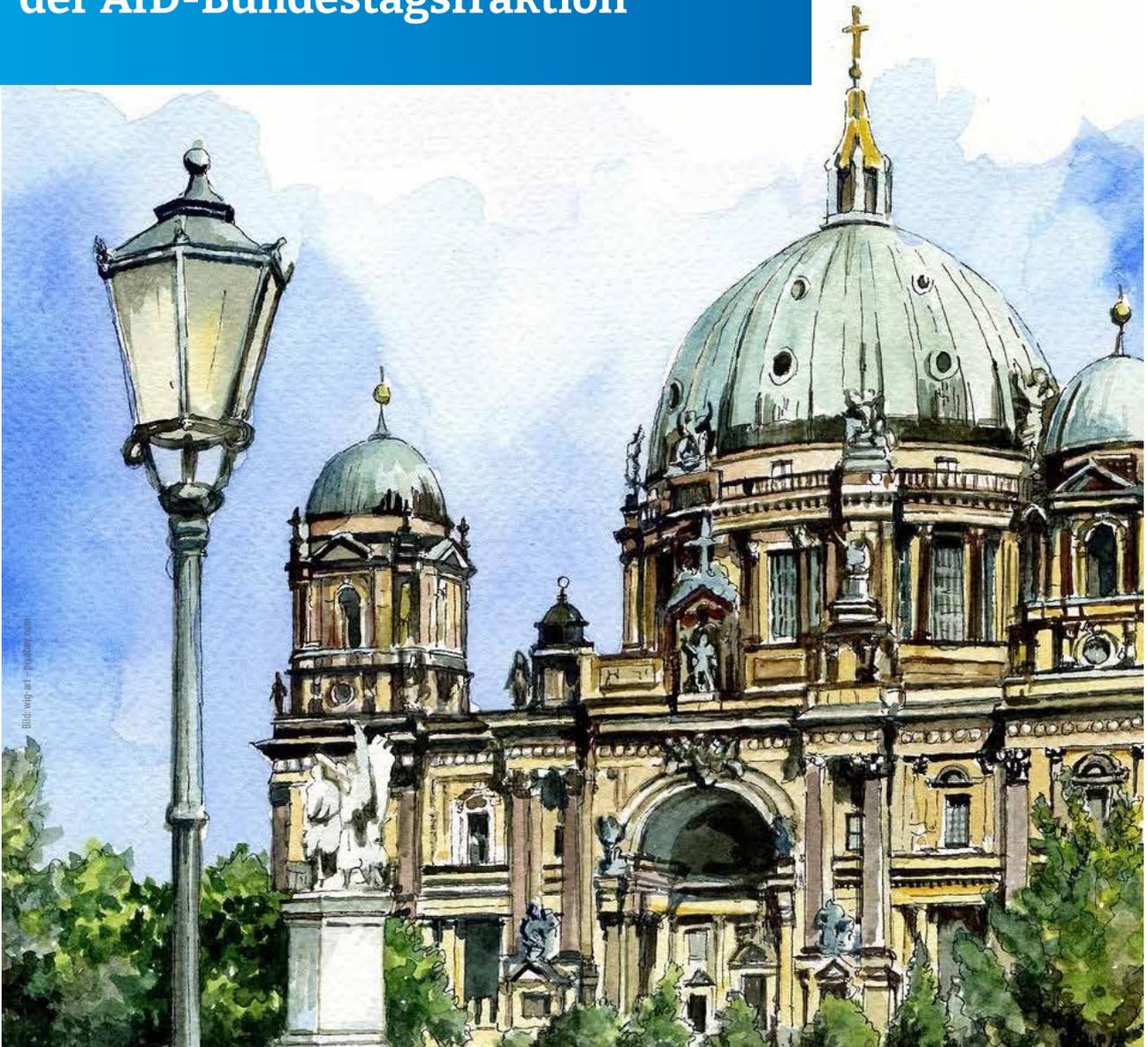


Bild: wikipedia - pluebar.com

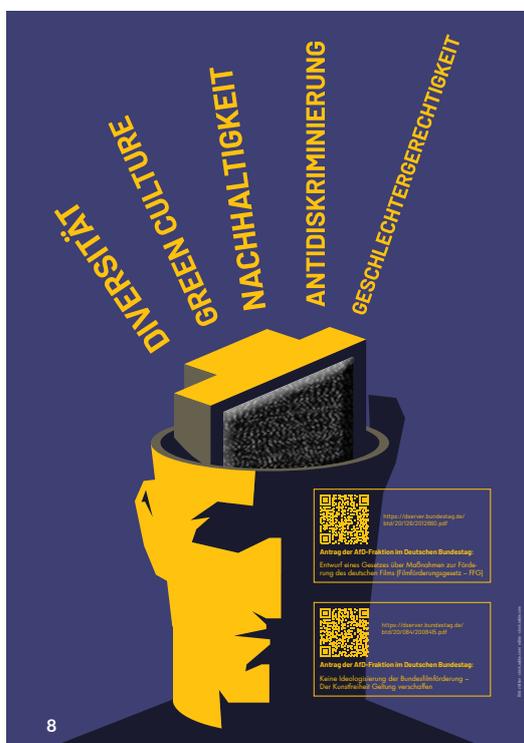


Alternative
für
Deutschland

FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

INHALT

Vorwort	3
Der Postkolonialismus darf nicht zum Maßstab unserer Erinnerungspolitik werden	4
Keine Ideologisierung der Bundesfilmförderung	8
Deutsche Baukultur schützen – im Widerstand gegen die Cancel Culture	10
35 Jahre Mauerfall – Folgen und Aufarbeitung des SED-Regimes	12
Medien im 21. Jahrhundert – Gekaufte Journalisten?	22
Deutsche Welle kürzt deutschsprachiges Programm	24
Die Mitglieder des Arbeitskreises Kultur und Medien der AfD-Bundestagsfraktion	26



S.8 Keine Ideologisierung der Bundesfilmförderung



S.12 35 Jahre Mauerfall – Folgen und Aufarbeitung des SED-Regimes

VORWORT

Kulturelle Identität, verstanden als geistige Heimat, entsteht dann, wenn sich eine Gemeinschaft von Menschen durch Sprache, Herkunft, Traditionen, Kultur und Religion, aber auch durch landesspezifische Gepflogenheiten und Werte miteinander verbunden fühlt. Zugehörigkeit zu einer Kultur bildet sich aus, wenn einer Person Sprache, Traditionen, Religion und Kultur geläufig sind und sie die entsprechenden Kompetenzen erworben hat. Kulturelle Identität basiert auf gemeinsamen historischen Erfahrungen, auf der Ortsbestimmung in der Gegenwart und auf einer kollektiv geteilten Perspektive, die mit Blick auf die Zukunft entwickelt wird.

Die Kulturpolitik der amtierenden Kulturstatsministerin Claudia Roth indes folgt gänzlich anderen Maximen. Im Vordergrund stehen nicht die Ausformungen kultureller Identität im oben beschriebenen Sinne, sondern die Ideologeme einer Identitätspolitik, die um angeblich benachteiligte Minderheiten und Transgender kreisen und sich auf die Postulate einer sogenannten Dekolonisierung, der damit verbundenen Cancel-Culture, des Postkolonialismus, des Antirassismus und Antifaschismus, der Diversität und des Gender-Mainstreaming beziehen. Hinzu kommen die Dogmen der Klimaneutralität und der Klimagerechtigkeit: Industriestaaten wie Deutschland sind nach dieser Auffassung die Hauptverantwortlichen für die Erderwärmung und müssen daher nach dem Verursacherprinzip für die Folgen und Schäden des Klimawandels einstehen.

Diese Agenda schlägt sich in einer entsprechend ideologisierten Kulturförderpolitik nieder. Kultur- und Medienförderung wird zunehmend als Mittel zur geistigen »Transformation« der Gesellschaft begriffen. Es geht der Kulturstatsministerin kulturpolitisch um Social Engineering, mit der Folge, dass sich das Zusammengehörigkeitsgefühl in unserer Gesellschaft immer weiter auflöst. Während die Befindlichkeiten aller möglichen Minderheiten vehement betont und deren »Sichtbarkeit« eingefordert wird, gibt es eine Gruppe, die in der Regel keine Erwähnung findet, nämlich die deutsche Mehrheitsgesellschaft, der eine weitgehend negative Identität oktroyiert wird. Dabei gilt die Schuld, die die Deutschen in der Vergangenheit auf sich geladen haben sollen – neuerdings erweitert um Ereignisse in den deutschen Kolonien Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts –, als wesentliches Element deutscher Identität. Auf diese Weise kann keine positive Identifikation mit dem eigenen Land entstehen.

Diese Entwicklung ist alarmierend. Die AfD-Bundestagsfraktion sieht in dem Zerfall der Gesellschaft in durch Teilidentitäten bestimmte Fragmente nicht nur eine Gefahr für unsere gemeinsame kulturelle Identität, sondern auch eine Gefährdung der Demokratie. Die kulturpolitisch betriebene Gesellschaftstransformation, die mit einer militanten Ausgrenzung von Künstlern und Kunstformen, Denkmalstürzen und immer offenerer Verachtung von Kulturleistungen der Vergangenheit einhergeht, bedarf einer grundsätzlichen Korrektur.

In unseren parlamentarischen Initiativen argumentieren wir gegen die von der Bundesregierung forcierte kulturelle Umwertung und zeigen Wege zu einer Kulturpolitik auf, die unser geistiges und materielles Erbe bewahrt und auf dieser Grundlage unsere kulturelle Identität stärkt und weiterentwickelt.

Wir freuen uns auf einen anregenden Gedankenaustausch mit Ihnen!

Dr. Götz Frömming MdB

Kulturpolitischer Sprecher
der AfD-Bundestagsfraktion

Martin E. Renner MdB

Medienpolitischer Sprecher
der AfD-Bundestagsfraktion



Bild: Jeroen Beethling - Image Images

**DER POSTKOLONIALISMUS
DARF NICHT ZUM MAßSTAB
UNSERER
ERINNERUNGSPOLITIK
WERDEN**

Die kritische Auseinandersetzung mit dem Postkolonialismus, der auch im Kulturleben immer weiter an Boden gewinnt, ist einer der Schwerpunkte der parlamentarischen Arbeit des Arbeitskreises Kultur und Medien der AfD-Bundestagsfraktion. Im Zentrum der dezidiert antiwestlichen postkolonialistischen Theorien steht die Behauptung, dass die Beziehungen zwischen dem »globalem Norden« und dem »globalem Süden« vor allem von der Kolonialzeit geprägt seien. Im postkolonialen Diskurs sind »der Norden« und »der Süden« Schlüsselkategorien: Der Norden steht hier für Ausbeutung, Gewalt und Hegemonie und der Süden für die angeblich Ausgebeuteten und Marginalisierten, die angesichts des nördlichen Repressionsregimes ein Recht auf Eigenbestimmung und Widerstand hätten, was entsprechend sichtbar zu machen sei.

Postkolonialisten behaupten, dass Beziehungsstrukturen, die die Zeit der kolonialen Herrschaft prägten, fortbestehen oder nachwirken. Sie fordern die Überwindung dieser Machtverhältnisse, die sich auch in der Sprache widerspiegeln soll. Der Kampf gegen rassistische Zuschreibungen und deren Ausdrucksformen ist ein zentraler Bestandteil ihrer politischen Agenda. Ziel ist die Herstellung »historischer Gerechtigkeit«, verstanden als Wiedergutmachung von »historischem Unrecht« durch die westlichen Nachfahren der »kolonialistischen Täter«.

Benin-Bronzen

In welchem Maße sich die Bundesregierung postkolonialistischen Narrativen verschrieben hat, zeigt der Moralfuror der Kulturstaatsministerin Claudia Roth und auch der Bundesaußenministerin Annalena Baerbock. Ein Beispiel hierfür ist die bedingungslose Schenkung der Benin-Bronzen aus deutschen Museumssammlungen an Nigeria, wo sie in den Privatbesitz des Oba von Benin übergingen. Es ist derzeit völlig unklar, ob sie für die Öffentlichkeit zugänglich bleiben. Gegen die bedingungslose Rückgabe der Benin-Bronzen hat sich die Bundestagsfraktion der Alternative für Deutschland mit einer Reihe von Initiativen gestellt, zum Beispiel mit den parlamentarischen Anträgen »Beabsichtigte Rückgabe der Benin-

Bronzen an Nigeria umgehend stoppen« und »Die Restitution von Benin-Bronzen aus deutschen Museumssammlungen an Nigeria umgehend einstellen« sowie mit einer Reihe von Kleinen Anfragen an die Bundesregierung.

Die Kulturstaatsministerin hat erkennen lassen, dass sie nicht bereit ist, von ihrem postkolonialistischen Kurs abzuweichen. Letztes Jahr begannen Gespräche deutscher Museen mit einer Delegation aus Kamerun, in denen die bedingungslose Rückgabe angeblicher Raubkunst aus Kamerun aus deutschen Museumsbeständen vorbereitet wurde. Damit droht erneut der Verlust umfassender musealer Sammlungsbestände, um die sich deutsche Sammler und Kuratoren mit großem Engagement verdient gemacht haben.



<https://dserver.bundestag.de/btd/20/007/2000705.pdf>

Antrag der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag:

Beabsichtigte Rückgabe der Benin-Bronzen an Nigeria umgehend stoppen



<https://dserver.bundestag.de/btd/20/072/2007201.pdf>

Antrag der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag:

Die Restitution von Benin-Bronzen aus deutschen Museumssammlungen an Nigeria umgehend einstellen



<https://dserver.bundestag.de/btd/20/052/2005226.pdf>

Antrag der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag:

Deutsche Identität verteidigen – Kulturpolitik grundsätzlich neu ausrichten

Documenta fifteen

Flankiert wird der postkolonialistische Diskurs durch Aktivist:innen, die bestrebt sind, nicht meinungskonforme Stimmen mundtot zu machen, also zu »canceln«, Straßen umzubenennen oder Denkmäler zu schleifen, die aus ihrer Sicht moralisch anstößigen »Kolonialisten« gewidmet sind. Auf diese Weise werden Personen und Geschehnisse aus dem kollektiven Gedächtnis getilgt und die Erinnerung an die Vergangenheit mit dem Ziel kontrolliert, Gegenwart und Zukunft im Sinne der postkolonialistischen Ideologie zu beeinflussen. Deren Narrative tragen überdies maßgeblich dazu bei, Israel als »koloniales Projekt« zu denunzieren und seine Staatsbürger als sogenannte Siedler-Kolonialisten und als verlängerten Arm des Westens zu verunglimpfen.

Wie weit die deutsche Kulturszene hiervon bereits infiltriert ist, zeigen die Antisemitismuskandale auf kulturellen Großveranstaltungen wie der documenta fifteen, auf der gegen das postkolonialistisch inspirierte indonesische Künstlerkollektiv Ruangrupa Antisemitismusvorwürfe erhoben wurden. Einige Künstler und Ausstellungsmacher sehen in Israel einen Kolonialstaat und pflegen eine Nähe zu der gegen Israel gerichteten, pro-palästinensischen BDS-Bewegung, die den Staat Israel wirtschaftlich, kulturell und politisch isolieren will. Der Postkolonialismus, der der documenta als kuratorisches Konzept zugrunde lag, ist im Kern nicht nur antieuropäisch, sondern auch antisemitisch.

Berlinale 2024

Die mit Bundesmitteln geförderte und mit »Vielfalt und Demokratie« titulierte Berlinale wurde 2024 zu einem Forum »woker« Ideologen. Die Ausladung von AfD-Abgeordneten des Deutschen Bundestages und des Berliner Abgeordnetenhauses von der Eröffnungsgala der Berlinale wurde damit begründet, dass die Positionen, die sie vertreten, angeblich »den Grundwerten der Demokratie zutiefst widersprechen«. Offenbar war auf der Berlinale aber Platz für Israelhass und Antisemitismus: Mehrere Preisträger der Berlinale nutzten die Preisverleihung für israelfeindliche und antisemitische Agitation. Die Eröffnungsveranstaltung der Berlinale 2024 wurde somit zur weiteren Plattform für die Dämonisierung Israels.

Aus Sicht der AfD-Bundestagsfraktion muss diese Politik umgehend beendet werden. Der Postkolonialismus darf nicht zum Maßstab unserer Erinnerungspolitik werden. In unserem Antrag »Antisemitismus an der Wurzel bekämpfen – die Bundesmittel für das Sonderprogramm ›Globaler Süden‹ zur Aufarbeitung der postkolonialistischen Ideologie einsetzen« fordern wir die Bundesregierung auf, die postkolonialistische Ideologie nicht länger zur Richtschnur ihres kulturpolitischen Handelns zu machen und Förderlinien, mit denen postkolonialistische Projekte oder Programme finanziert werden, zügig einzustellen.



<https://dserver.bundestag.de/btd/20/120/2012091.pdf>

Antrag der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag:

Antisemitismus an der Wurzel bekämpfen – Die Bundesmittel für das Sonderprogramm Globaler Süden zur Aufarbeitung der postkolonialistischen Ideologie einsetzen



DIVERSITÄT

GREEN CULTURE

NACHHALTIGKEIT

ANTIDISKRIMINIERUNG

GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT



<https://dserver.bundestag.de/btd/20/126/2012660.pdf>

Antrag der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag:

Entwurf eines Gesetzes über Maßnahmen zur Förderung des deutschen Films (Filmförderungsgesetz – FFG)



<https://dserver.bundestag.de/btd/20/084/2008415.pdf>

Antrag der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag:

Keine Ideologisierung der Bundesfilmförderung – Der Kunstfreiheit Geltung verschaffen

KEINE IDEOLOGISIERUNG

DER BUNDESFILMFÖRDERUNG

Den Gesetzentwurf der Bundesregierung über Maßnahmen zur Förderung des deutschen Films (Bundestagsdrucksache 20/12660, Stand April 2024) werten wir als weiteren Beleg dafür, dass die Kulturstaatsministerin den Schutz und die Förderung der Freiheit künstlerischen Wirkens nicht mehr als ihre wichtigste Aufgabe ansieht. Eine Vielzahl an Begriffen hegt in dem Gesetzentwurf die Kunstfreiheit ein: »Diversität« findet sich in verschiedenen Wortzusammensetzungen über 80-mal, »Nachhaltigkeit« 16-mal, »Antidiskriminierung« 15-mal und »Geschlechtergerechtigkeit« 23-mal – der Begriff der »Kunstfreiheit« dagegen nur einmal.

Der Filmförderanstalt (FFA) wird im Entwurf auferlegt, einen Beirat für Diversität, Inklusion und Antidiskriminierung zu bestellen. Dieser Beirat soll vielfältig und geschlechtergerecht besetzt sein und alle »Diversitätsdimensionen in der Arbeit der FFA sicherstellen sowie die FFA beraten«. Eine »Richtlinie zu Förderanreizen« im Kontext der Diversität soll maßgeblich von diesem Beirat mitgestaltet werden und kann nur »mit seiner Zustimmung verabschiedet werden«.

Das grotesk anmutende Regelwerk zu »ökologischen Standards« bei staatlich geförderten Produktionen umfasst 17 Seiten und schreibt unter anderem für Recycling-Papier einen Altfaseraanteil von mindestens 90 Prozent vor, sogar für Toilettenpapier. Mülltrennung muss an jeder Produktionsstätte mindestens in den Kategorien Papier, Glas, Plastik, Gelber Sack, Metall, Biomüll und Holz erfolgen. Zudem muss die Produktionsfirma einen externen »Green Consultant« beschäftigen, der die »Einhaltung der ökologischen Standards« und eine »ressourcenschonende, CO₂-arme Produktionsweise« überwacht.

Die Kulturstaatsministerin will unter dem Schlagwort »Green Culture« einen Perspektiv-

wechsel in der Kultur- und Kreativwirtschaft erzwingen, da die angebliche Klimakrise eine ökologische Transformation notwendig mache. Dieser Anspruch soll die Kultur gestalten und rechtfertigt offenbar, die Filmförderung unter eine ideologische Mission zu stellen. Vorgaben dieser Art, kombiniert mit den ökologischen Imperativen der »Green Culture«, schränken die künstlerische Freiheit ein und führen zu einer einseitigen Politisierung von Filmen, die mit Bundesmitteln gefördert werden. Es liegt auf der Hand, dass der deutsche Film vor diesem Hintergrund auf immer weniger Resonanz stoßen wird. Kinogänger möchten nicht mit ideologisch kontaminierten Filmen konfrontiert oder im Sinne einer »richtigen Haltung« belehrt werden.

Auch die Berlinale 2024, gefördert mit Bundesmitteln, hat einen Grad der Politisierung erreicht, der filmästhetische Kriterien in den Hintergrund treten lässt. Sie ist zur Plattform »woker« Aktivisten geworden, die zum Teil auch vor offener Israelfeindlichkeit nicht zurückschrecken und andersdenkende Abgeordnete der AfD von der Eröffnungsgala ausladen. Dies muss Konsequenzen für die staatliche Förderung der Berlinale haben.

Die AfD-Bundestagsfraktion fordert in ihrem Antrag »Keine Ideologisierung der Bundesfilmförderung – Der Kunstfreiheit Geltung verschaffen«, die Festlegung der Bundesfilmförderung auf Ziele wie »Green Culture«, »Diversität« oder »Geschlechtergerechtigkeit« zu beenden. Dies soll die künstlerische Freiheit vor ideologischer Gängelung schützen und die Produktion attraktiver deutscher Filme gewährleisten, die eine entsprechende Publikumsresonanz erzielen. Diese Position vertritt die AfD-Fraktion auch bei der laufenden Beratung des FFG-Gesetzentwurfs, der die Filmbranche in das Prokrustesbett ökosozialistischer Maximen zwingt.

DEUTSCHE BAUKULTUR SCHÜTZEN

IM WIDERSTAND GEGEN DIE CANCEL-CULTURE



<https://dserver.bundestag.de/btd/20/116/2011629.pdf>

Antrag der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag:

Berliner Bauakademie von Karl Friedrich Schinkel jetzt nach historischem Vorbild rekonstruieren

Denkmäler spielen eine zentrale Rolle in der Kulturnation Deutschland. Sie sind sichtbare Zeichen der Geschichte, erinnern an bedeutende Ereignisse und Persönlichkeiten und prägen das kulturelle Gedächtnis. In Städten wie Berlin, München und Dresden erzählen Denkmäler von politischen Umbrüchen, künstlerischen Höchstleistungen und gesellschaftlich guten und schlechten Entwicklungen. Sie fördern das historische Bewusstsein, regen zur Reflexion an und verbinden Generationen. Dem Erhalt und der Pflege dieser Denkmäler hat sich die AfD-Bundestagsfraktion verschrieben.

Deshalb ist es für die AfD-Bundestagsfraktion ein besonderes Anliegen, dass die Schinkel'sche Bauakademie am historischen Platz gegenüber dem Humboldt-Forum rekonstruiert wird. Einflussreiche politische Kreise präferieren aber mehr oder weniger offen eine »klimapositive Konstruktion«. Damit hintertreiben sie den Beschluss des Bundestages aus dem Jahre 2016, der eine Wiedererrichtung der Bauakademie nach historischem Vorbild vorsieht. Die AfD-Bundestagsfraktion hat deshalb einen Antrag eingebracht, in dem die vollständige Rekonstruktion der Bauakademie nach historischem Vorbild gefordert wird.

Die Bauakademie, die nach Plänen von Karl Friedrich Schinkel im 19. Jahrhundert erbaut wurde, gilt als früher Ursprungsbau der architektonischen Moderne. Dieses Meisterwerk steht auch für die lange Tradition deutscher Ingenieurkunst und architektonischer Innovationskraft. Die geplante Wiedererrichtung der Bauakademie als Zentrum für Baukultur und Architektur soll an diese Tradition anknüpfen und sie in die Zukunft führen.

Rekonstruktionsvorhaben sind nicht nur Ausdruck der Herstellung von historischer Kontinuität, sondern auch Plattformen für die Auseinandersetzung mit aktuellen gesellschaftlichen und kulturellen Fragen. Sie tragen dazu bei, ein Bewusstsein für die kulturelle Vielfalt und das historische Erbe Deutschlands zu schaffen. In einer Zeit, in der nationale Identität und kulturelle Werte immer wieder infrage gestellt werden, sind das Humboldt-Forum, die Stiftung Preußischer Kulturbesitz oder die Bauakademie wichtige Pfeiler der kulturellen Selbstvergewisserung Deutschlands.

Vor diesem Hintergrund setzt sich die AfD-Bundestagsfraktion dafür ein, Orte und Denkmäler, die im Kontext der beiden Diktaturen auf deutschem Boden stehen, nach Möglichkeit zu bewahren. Daher haben wir uns für den Erhalt des Generalshotels auf dem Gelände des Flughafens Berlin Brandenburg (BER) in Schönefeld eingesetzt, das dennoch abgerissen wurde. Wir halten derartige historische »Flurbereinigen« für den falschen Weg und haben dies in einem Antrag zum Ausdruck gebracht.



<https://dserver.bundestag.de/btd/20/084/2008422.pdf>

Antrag der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag:

Generalshotel retten – Denkmäler schützen und nicht zerstören



Bild: Ralf Roletschek - Wikimedia Commons



35 JAHRE MAUERFALL

FOLGEN UND AUFARBEITUNG DES SED-REGIMES

Deutschland erlebte im 20. Jahrhundert zwei totalitäre Staatssysteme, die das Land materiell, geistig und moralisch ruinierten. Nach der Niederlage im Zweiten Weltkrieg folgte auf die nationalsozialistische Diktatur der Verlust der Ostgebiete des ehemaligen Deutschen Reiches und in Mitteldeutschland die Errichtung des DDR-Unrechtsstaates. Beide Systeme strebten an, die Gesellschaft und jeden Einzelnen im Sinne ihrer Ideologie »total« zu kontrollieren. Daher galt lange der Grundsatz des antitotalitären Konsenses in der deutschen Erinnerungspolitik. Die AfD-Bundestagsfraktion sieht sich diesem Konsens verpflichtet, der mehr und mehr durch einen staatlich alimentierten sogenannten Antifaschismus verdrängt wird. Auch deshalb setzen wir uns sowohl für die Aufarbeitung personeller Kontinuitäten im Deutschen Bundestag im Zusammenhang mit der NS-Vergangenheit nach 1949 ein als auch für die Untersuchung der Parteizugehörigkeit und Funktionärstätigkeit späterer Bundestagsabgeordneter in der SED-Diktatur.



<https://dserver.bundestag.de/btd/19/293/1929308.pdf>

Antrag der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag:

Aufarbeitung der NS-Vergangenheit – Personelle und strukturelle Kontinuitäten im Deutschen Bundestag nach 1949



<https://dserver.bundestag.de/btd/20/071/2007185.pdf>

Antrag der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag:

Wissenschaftliche Untersuchung der Parteizugehörigkeit und Funktionärstätigkeit späterer Bundestagsabgeordneter in der SED-Diktatur

MAHNMAL FÜR OPFER KOMMUNISTISCHER GEWALTHERRSCHAFT

Anlässlich des 35. Jahrestages der friedlichen Revolution in der DDR und des Falls der Mauer hat der Arbeitskreis für Kultur und Medien der AfD-Bundestagsfraktion die Bundesregierung aufgefordert, ein Denkmal zu errichten, das an die Mauertoten, unschuldig Inhaftierten und die unzähligen Opfer des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR erinnert. Ein entsprechender Antrag der CDU/CSU und SPD wurde zwar beschlossen, aber bisher nicht umgesetzt.

Die AfD-Bundestagsfraktion setzt sich seit ihrer Konstituierung im Jahr 2017 für die Aufarbeitung der SED-Herrschaft und das Gedenken an deren Opfer ein. Unser Antrag »Keine Verzögerungen beim Mahnmahl für die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft zulassen« fordert die Bundesregierung auf, die konzeptionellen Arbeiten am Mahnmahl zügig voranzutreiben. Wir kritisieren zudem, dass die Verzögerung bei der Errichtung des Denkmals den Opfern der kommunistischen Gewaltherrschaft nicht den gebührenden Respekt zollt und den Eindruck erweckt, die Bundesregierung sei nicht ernsthaft daran interessiert, diese Opfer zu würdigen.

Ein Beispiel für die Scheinaufarbeitung ist das Versäumnis der Altparteien, nach über 35 Jahren Wiedervereinigung ein zentrales Denkmal für den demokratischen Widerstand und die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft zu errichten. Wir sehen dies als Ergebnis fehlenden politischen Willens. Daher haben wir beantragt, im Bundeshaushalt 25 Millionen Euro für die Planung und Errichtung dieses Denkmals bereitzustellen.



<https://dserver.bundestag.de/btd/19/047/1914765.pdf>

Antrag der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag:

30 Jahre Mauerfall – Errichtung eines Denkmals für die Opfer des Sozialismus beziehungsweise Kommunismus in Berlin



<https://dserver.bundestag.de/btd/20/021/2002145.pdf>

Antrag der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag:

Standort für das Denkmal der Opfer des Kommunismus in Deutschland



<https://dserver.bundestag.de/btd/19/200/1920079.pdf>

Antrag der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag:

Keine Verzögerungen beim Mahnmahl für die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft zulassen



<https://dserver.bundestag.de/btd/20/045/2004544.pdf>

Antrag der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag:

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2023 (Haushaltsgesetz 2023)



<https://dserver.bundestag.de/btd/20/010/2001031.pdf>

Antrag der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag:

Keine weiteren Verzögerungen mehr bei der Errichtung des Denkmals zur Mahnung und Erinnerung an die Opfer der kommunistischen Diktatur in Deutschland



<https://dserver.bundestag.de/btd/20/056/2005615.pdf>

Antrag der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag:

Schriftliche Fragen mit den in der Woche vom 6. Februar 2023 eingegangenen Antworten der Bundesregierung



<https://dserver.bundestag.de/btd/20/071/2007186.pdf>

Antrag der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag:

Standortentscheidung für ein Denkmal zur Ehre des demokratischen Widerstandes und Erinnerung an die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft in Deutschland



<https://dserver.bundestag.de/btd/20/105/2010514.pdf>

Antrag der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag:

Schriftliche Fragen mit den in der Woche vom 26. Februar 2024 eingegangenen Antworten der Bundesregierung

70. JAHRESTAG DES VOLKSAUFSTANDS IN DER DDR

2023 gedachten wir des 70. Jahrestages des Volksaufstands in der DDR. Der 17. Juni 1953 ist ein zentrales Ereignis unserer Erinnerungskultur, weil die Deutschen in der DDR mit diesem Aufstand dem zweiten totalitären System auf deutschem Boden eine Absage erteilten. Leider mussten wir feststellen, dass die Bundesregierung kein Interesse daran zeigte, das Gedenken mit einem breit angelegten Programm zu begleiten, wie wir es in unserem Antrag »Den 70. Jahrestag des Volksaufstands in der DDR als nationalen Gedenktag würdig begehen« gefordert hatten.

Zusammen mit der AfD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus organisierte die AfD-Bundestagsfraktion die Gedenkveranstaltung »Wir wollen freie Menschen sein!« mit Vorträgen von Jörg Drieselmann, dem ehemaligen Leiter des Stasimuseums in Berlin, und Carl-Wolfgang Holzapfel, dem langjährigen Vorsitzenden der Vereinigung 17. Juni 1953.

Die AfD-Bundestagsfraktion bleibt entschlossen, die Erinnerung an die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft lebendig zu halten und die notwendigen Schritte zu unternehmen, um ein würdiges Gedenken sicherzustellen.



<https://dserver.bundestag.de/btd/20/054/2005490.pdf>

Antrag der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag:

Schriftliche Fragen mit den in der Woche vom 30. Januar 2023 eingegangenen Antworten der Bundesregierung



<https://dserver.bundestag.de/btd/20/064/2006421.pdf>

Antrag der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag:

Den 70. Jahrestag des Volksaufstandes in der DDR als nationalen Gedenktag würdig begehen



<https://afd-fraktion.berlin/konferenz-jahrestag-volksaufstand-ddr-1953/>

**Konferenz der AfD-Fraktionen am 9. Juni 2023
im Abgeordnetenhaus von Berlin**



17. JUNI 1953



Wir wollen

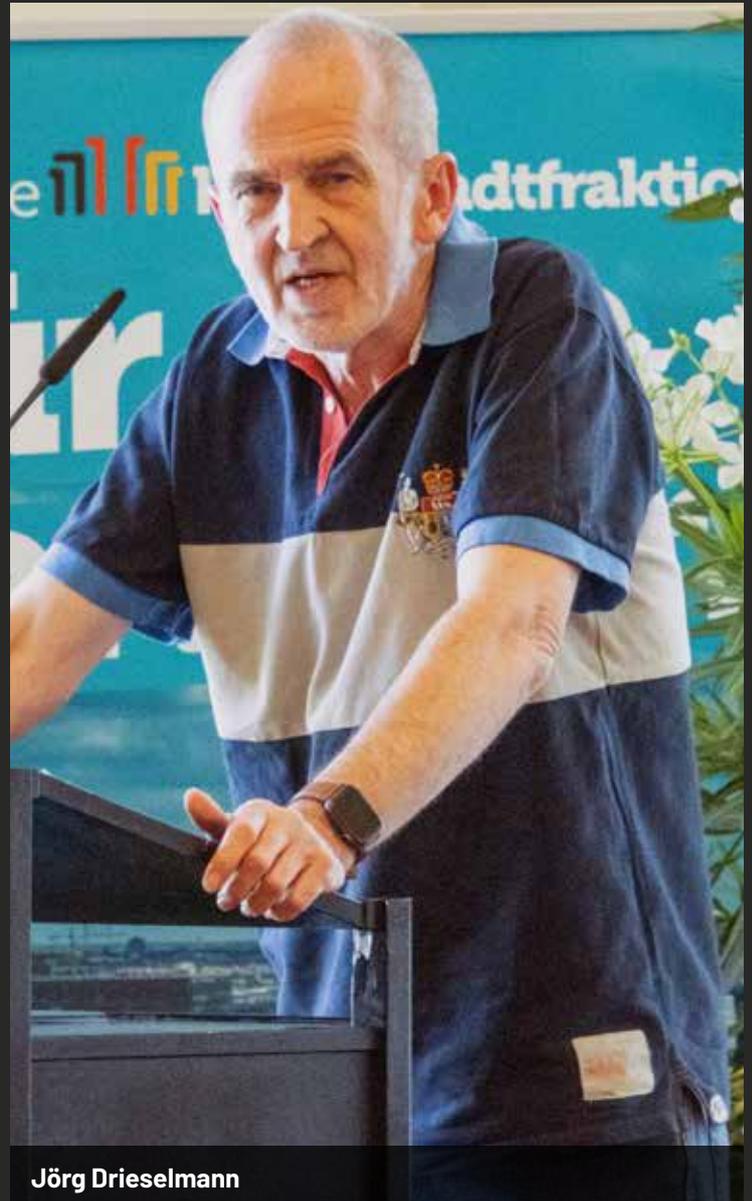
FREIE MENSCHEN

sein!

GEDENKVERANSTALTUNG ZUM 70. JAHRESTAG DES VOLKSAUFSTANDS IN DER DDR



Dr. Marc Jongen



Jörg Drieselmann



https://afdbundestag.de/wp-content/uploads/2024/11/broschuere_35-Jahre-Mauerfall_dinA4_hoch_v9.0-DIGITAL.pdf

Veranstaltungsbroschüre der AfD-Fraktionen
»Erinnerung – Mahnung – Verpflichtung«



<https://www.youtube.com/watch?v=g0U1FXD3dME>

Video zur Veranstaltung
»AfD-Fraktion gedenkt des Mauerfalls vor 35 Jahren!«



35 JAHRE MAUERFALL

GEDENKVERANSTALTUNG UND FESTE MPFANG DER AfD-FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG



(v.l.n.r.) Dr. Götz Frömming, Jörg Drieselmann, Michael Kolonovsky



Michael Kolonovsky



Dr. Frank Grobe



Dr. Götz Frömming

REKONSTRUKTION ZERRISSENER STASI-UNTERLAGEN

Ein weiteres Beispiel für das weitgehende Desinteresse der herrschenden Politik an einer konsequenten Aufarbeitung der SED-Zeit zeigt sich bei der unzureichenden Rekonstruktion zerrissener Stasi-Unterlagen. Obwohl das Fraunhofer-Institut für Produktionsanlagen und Konstruktionstechnik bereits 2014 eine Rekonstruktionssoftware entwickelte, die die automatisierte Zusammensetzung von gescannten Papierfragmenten ermöglicht, wird weiterhin manuell rekonstruiert.

Der Einsatz dieser Software, die mittlerweile im Kölner Stadtarchiv im Einsatz ist, wurde immer wieder durch die Bundesregierung verschleppt. Rechnungen wurden nicht bezahlt, es kam zu einem Rechtsstreit, und die Zusammenarbeit mit dem Fraunhofer IPK wurde beendet. Es drängt sich der Eindruck auf, dass die Verzögerungen eher absichtlicher als zufälliger Natur sind. Unser Antrag »Rekonstruktion zerrissener Stasi-Unterlagen umgehend in Angriff nehmen« zielt darauf ab, die Situation zu verbessern; wir begleiten die neue Ausschreibung kritisch.



<https://dserver.bundestag.de/btd/20/071/2007184.pdf>

Antrag der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag:

Rekonstruktion zerrissener Stasi-Unterlagen umgehend in Angriff nehmen



<https://dserver.bundestag.de/btd/19/269/1926940.pdf>

Kleine Anfrage:

Zum Stand der beabsichtigten Zusammenfügung zerrissener Stasi-Unterlagen in der Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen



<https://dserver.bundestag.de/btd/20/108/2010863.pdf>

Einzelfrage:

Wie ist der Stand des durch das Bundesarchiv im Juni 2023 aufgesetzten Interessenbekundungsverfahrens im Rahmen der Neuausrichtung des Projektes der automatisierten Rekonstruktion zerrissener Stasi-Schnipsel?



FORSCHUNGSVERBÜNDE ZUR DDR

Auch die DDR-Forschung in Deutschland ist schlecht verankert. Bis heute gibt es keinen Lehrstuhl für DDR-Geschichte. Der Forschungsverbund SED-Staat der Freien Universität Berlin, der seit 1992 die Geschichte der DDR und den Transformationsprozess erforschte, wurde Ende 2023 abgewickelt. 2015 unterstützte der Bund die DDR-Forschung noch mit 40,8 Millionen Euro, die Mittel wurden nun auf 8,6 Millionen Euro gekürzt.

In unserem Antrag »Forschungsverbände zur DDR stärken – Forschungsförderung des Bundes zur Geschichte des Kommunismus, der DDR und SED wieder aufstocken« fordern wir eine neue Richtlinie zur Förderung von Forschungsvorhaben auf dem Gebiet der DDR-Forschung.



<https://dserver.bundestag.de/btd/20/113/2011395.pdf>

Antrag der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag:
Forschungsverbände zur DDR-Geschichte stärken – Forschungsförderung des Bundes zur Geschichte des Kommunismus, der DDR und der SED wieder aufstocken

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/105/2010565.pdf>

Antrag der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag:
Schriftliche Fragen mit den in der Woche vom 4. März 2024 eingegangenen Antworten der Bundesregierung, S.136

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/071/2007184.pdf>

Antrag der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag:
Rekonstruktion zerrissener Stasi-Unterlagen umgehend in Angriff nehmen

Bild: A.J. Attek - steckadobe.com



(v.l.n.r.) Martin Reichardt, Andreas Laake, Dr. Götz Frömmling, Carola Schönfeld

GESTOHLENE KINDER IN DER DDR

Die ungenügende wissenschaftliche und gesellschaftliche Aufarbeitung des DDR-Unrechts hat bis heute negative Auswirkungen. Dies zeigt sich insbesondere bei der Aufklärung der Schicksale der Kinder von Republikflüchtlingen, Oppositionellen oder Andersdenkenden, die der DDR-Staatsapparat ihren Eltern raubte und in eine andere, verborgene Obhut gab. Die Rolle von Margot Honecker, der ehemaligen Ministerin für Volksbildung der DDR, ist bis heute nicht geklärt. Opfer und Bundestagsabgeordnete hatten zwar Strafanzeige gegen sie erhoben, sie wurde aber strafrechtlich nicht belangt. Am 14. November 2023 luden wir zusammen mit der »Interessengemeinschaft gestohlene Kinder der DDR« (IGGK-DDR) zu der Veranstaltung »Gerechtigkeit für die gestohlenen Kinder der DDR!« in den Deutschen Bundestag ein, um auf dieses Thema aufmerksam zu machen.



<https://dserver.bundestag.de/btd/20/090/2009061.pdf>

Antrag der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag:

Situation von Kindern und Eltern von politisch motivierten Zwangsadoptionen in der DDR



<https://www.youtube.com/watch?v=yLC60WbjLc>

Veranstaltung der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag:

»Gerechtigkeit für die gestohlenen Kinder der DDR!«

ENTSCHÄDIGUNGEN FÜR DIE VERFOLGTEN UND OPFER DES KOMMUNISMUS

Bereits in der 19. Legislaturperiode beschäftigten wir uns mit der Frage der Entschädigungen für die Verfolgten und Opfer des Kommunismus. Auch 35 Jahre nach der Wiedervereinigung liegen viele Probleme noch immer im Argen, und es geht den Vertretern des DDR-Unrechtssystems oft besser als den Opfern. Wir fordern daher eine Ehrenpension für diejenigen, die für ein freies und geeintes Deutschland Opfer erbracht haben.

Wir unterstützen die Forderungen der Bundesbeauftragten für die Opfer der SED-Diktatur nach einem vereinfachten Zugang zu Entschädigungen, fordern aber höhere Zahlungen zugunsten der Opfer, da viele ehemalige politische Häftlinge bereits mehr als drei Jahrzehnte auf Anerkennung und Entschädigung warten.

Zum 70. Jahrestag des Volksaufstands brachte unser Kollege Martin Reichardt MdB einen Gesetzentwurf zur Erhöhung der besonderen Zuwendung für Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft ein. Unsere parlamentarischen Initiativen umfassen Anfragen und Anträge wie »Zugang zu Entschädigungsleistungen aufgrund gesundheitlicher Schäden für ehemalige politische Häftlinge der SBZ und DDR« und »Gerechtigkeit für die ehemaligen politischen Gefangenen der SBZ und DDR und ihren Angehörigen – Beweislastumkehr bei Anerkennung von Gesundheitsschäden gesetzlich verankern«.



<https://dserver.bundestag.de/btd/20/071/2007187.pdf>

Antrag der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag:

Entwurf eines Gesetzes zur Erhöhung der besonderen Zuwendung für Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR im Zeitraum vom 8. Mai 1945 bis zum 2. Oktober 1990



<https://dserver.bundestag.de/btd/20/129/2012971.pdf>

Antrag der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag:

Gerechtigkeit für die ehemaligen politische Gefangenen der SBZ und DDR und ihren Angehörigen – Beweislastumkehr bei Anerkennung von Gesundheitsschäden gesetzlich verankern



<https://dserver.bundestag.de/btd/20/108/2010881.pdf>

Kleine Anfrage der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag:

Zugang zu Entschädigungsleistungen aufgrund gesundheitlicher Schäden für ehemalige politische Häftlinge der Sowjetischen Besatzungszone und DDR



<https://dserver.bundestag.de/btd/19/152/1915299.pdf>

Kleine Anfrage der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag:

Lücken bei Entschädigungen und Rentenberechnungen von Opfern der SED-Diktatur

GEKAUFTE JOURNALISTEN?

Im November 2022 fragte die AfD-Bundestagsfraktion die Bundesregierung nach »möglichen Zahlungen von Bundesministerien an Journalisten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und privater Medien«.



[https://dserver.bundestag.de/
btd/20/044/2004433.pdf](https://dserver.bundestag.de/btd/20/044/2004433.pdf)

**Kleine Anfrage der AfD-Fraktion
im Deutschen Bundestag:**

Mögliche Zahlungen von Bundesministerien an Journalisten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und privatrechtlicher Medien



[https://dserver.bundestag.de/
btd/20/054/2005437.pdf](https://dserver.bundestag.de/btd/20/054/2005437.pdf)

**Kleine Anfrage der AfD-Fraktion
im Deutschen Bundestag:**

Zahlungen von Bundesministerien an Journalisten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und privatrechtlicher Medien



[https://dserver.bundestag.de/
btd/20/062/2006256.pdf](https://dserver.bundestag.de/btd/20/062/2006256.pdf)

**Kleine Anfrage der AfD-Fraktion
im Deutschen Bundestag:**

Anonymisierung der Zahlungen von Bundesministerien an Journalisten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und privatrechtlicher Medien

In der aktuellen Legislaturperiode hat die AfD-Bundestagsfraktion immer wieder die auffällige Nähe der Altparteien und Konsensfraktionen zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk kritisiert. Besonders die Berichterstattung während der Corona-Pandemie und die Unterstützung der Regierungsmaßnahmen spiegelten die offizielle Linie der Bundesregierung und der Landesregierungen wider, kritische Stimmen wurden an den Rand gedrängt. Dieser Befund wirft Fragen zur verfassungsrechtlich vorgeschriebenen Staatsferne des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auf.

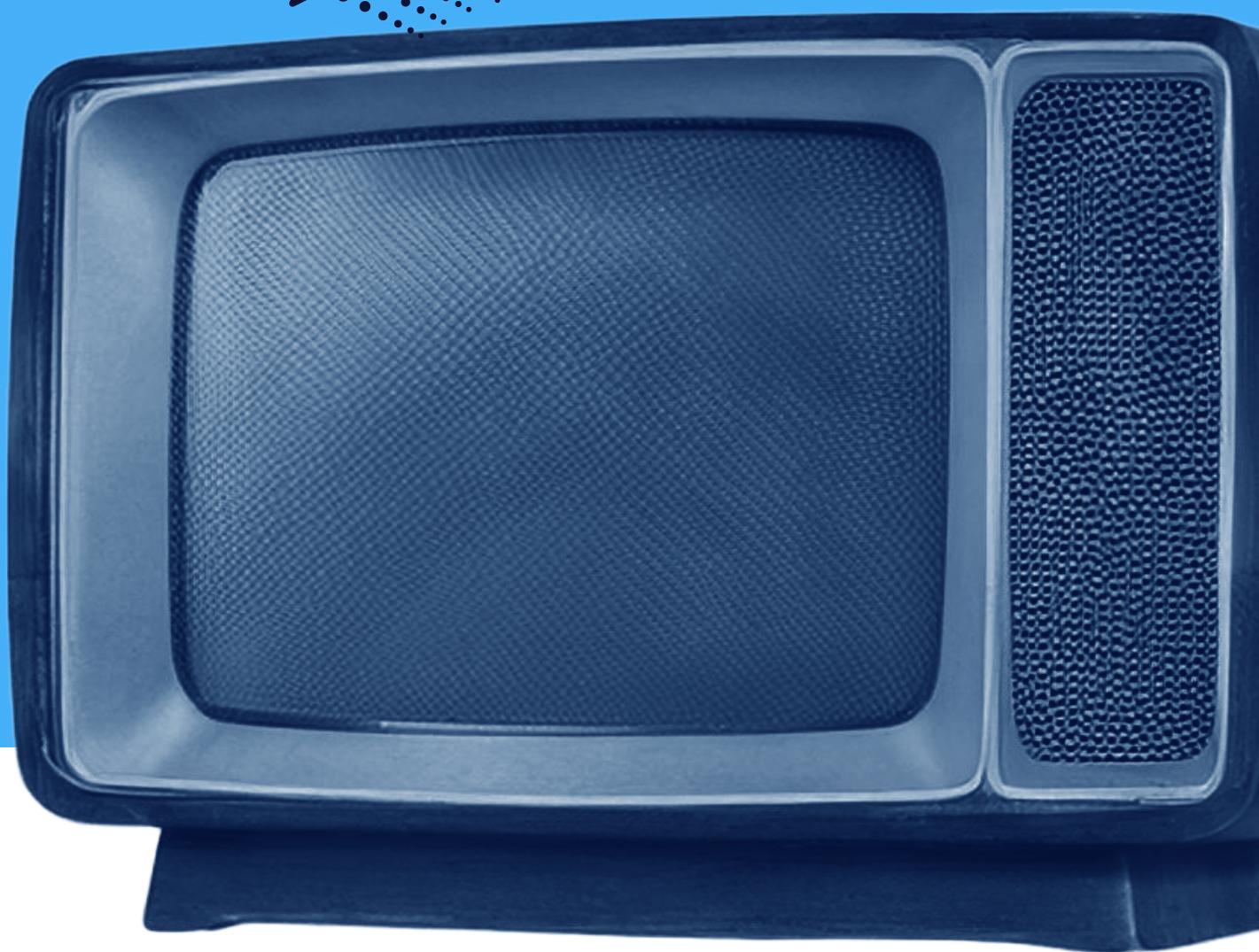
Im November 2022 fragte die AfD-Bundestagsfraktion die Bundesregierung nach »möglichen Zahlungen von Bundesministerien an Journalisten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und privater Medien«. Die Regierung verweigerte unter Verweis auf Datenschutzgründe und Wahrung von Geschäftsgeheimnissen sowohl die Nennung von Namen als auch die Auflistung gezahlter Honorare. Stattdessen wurden nur die Gesamtsummen pro Ministerium und Jahr genannt.

Die AfD-Fraktion stellte deshalb weitere Fragen zu »Zahlungen von Bundesministerien an Journalisten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und privater Medien«. Erneut verweigerte die Bundesregierung detaillierte Antworten, behauptete aber, die Fragen ausreichend beantwortet zu haben. Tatsächlich wurden in der Antwort lediglich Journalisten nummeriert aufgeführt und teilweise das Datum der

erbrachten Leistung genannt. Alternative Medien konnten auf Grundlage dieser Informationen erste Namen recherchieren und veröffentlichen.

Wegen der aus Sicht der AfD-Bundestagsfraktion offensichtlichen Verschleierungstaktik der Bundesregierung, die bei den parlamentarischen Anfragen mehrfach um Fristverlängerung gebeten hatte, stellte die Fraktion weitere Fragen zur »Anonymisierung der Zahlungen von Bundesministerien an Journalisten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und privater Medien«. In der Antwort wurden einige Namen genannt, die meisten Aufträge, Summen und Namen jedoch in der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages hinterlegt. Abgeordnete sind berechtigt, diese Namen einzusehen, dürfen sie jedoch nicht öffentlich machen.

Die AfD-Bundestagsfraktion betont, dass es hier um Transparenz, Verlässlichkeit und Integrität bei der Unterrichtung der Öffentlichkeit über das Handeln von Regierung und Parlament geht. Die Bundesregierung verwehrt den Bürgern die Information, welche prominenten Journalisten staatliche Aufträge und hohe Honorare erhalten und dadurch nicht mehr ihrem journalistischen Auftrag nachkommen, die Regierung zu kontrollieren. Die AfD-Bundestagsfraktion hat ein Organklageverfahren angestrengt, um die Bundesregierung zur Nennung der Namen beauftragter Journalisten zu verpflichten.



Bilapalle, Adobe Stock/4788332169_HTCenzo/727394893_KR Studio/732051235_KR Studio/732059190_KR Studio/732054174_KR Studio/517745603_M/715970635_swallk

DEUTSCHE WELLE KÜRZT DEUTSCHSPRACHIGES PROGRAMM

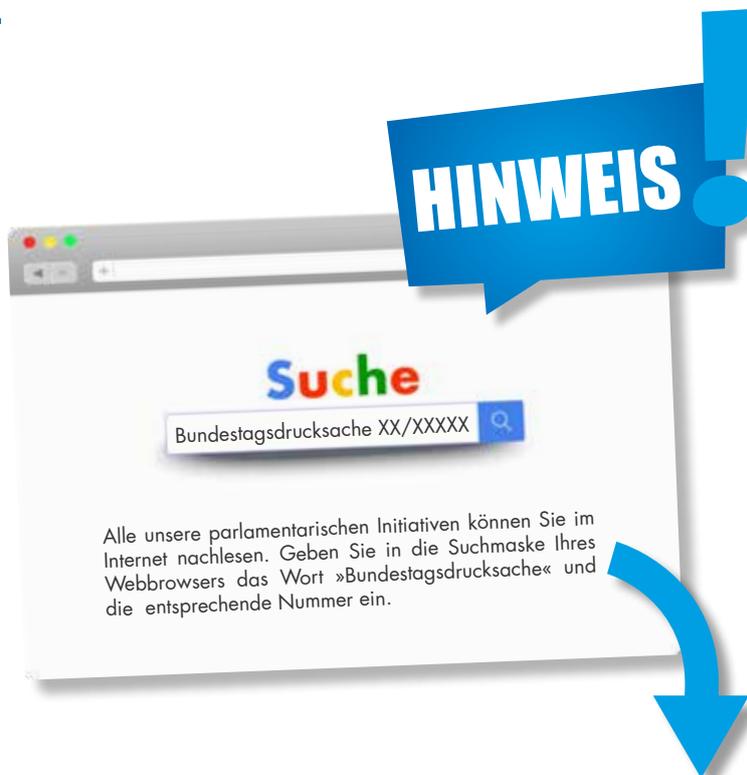
Die Deutsche Welle (DW) stellte zum 1. Januar 2024 ihren deutschsprachigen TV-Kanal ein. Dies stieß sowohl in der eigenen Mitarbeiterschaft als auch in der breiten Öffentlichkeit auf Unverständnis und Ablehnung. Als internationaler Rundfunkdienst, der ein globales Publikum über Deutschland und das Weltgeschehen informiert, zählt das deutschsprachige Programm der DW zu ihren vornehmlichen Aufgaben und bildet ein wesentliches Element ihrer Identität. Das DW-Gesetz schreibt in Paragraph 3 Absatz 2 vor: »Die Angebote der Deutschen Welle werden in deutscher Sprache sowie auch in anderen Sprachen verbreitet.« Weiterhin ist in § 4 festgelegt, dass die DW »insbesondere die deutsche Sprache« fördert. Das tagesaktuelle Programm mit stündlichen Nachrichten und wechselnden Magazinsendungen im »DW-Live-TV« nicht mehr auf Deutsch auszustrahlen, übergeht diesen Programmauftrag.

Die AfD-Bundestagsfraktion wies in zahlreichen Haushaltsänderungsanträgen auf den Missstand eines unvollständigen deutschsprachigen Programmangebots hin und kritisierte gleichzeitig die damit im Widerspruch stehende kontinuierliche Erhöhung des Bundeszuschusses für die DW. Betrag der Etat der DW 2016 noch 301,8 Millionen Euro, liegt er 2024 bereits bei 390,55 Millionen Euro.

Aus Sicht der AfD-Bundestagsfraktion ist das deutschsprachige Programm nicht nur ein Mittel, um authentisch über die deutsche Kultur und über das politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Geschehen in Deutschland zu informieren, sondern auch ein unverzichtbares Werkzeug, die deutsche Auslandskulturpolitik darzustellen. Durch die Einstellung des deutschsprachigen Programms verliert DW-TV einen Teil seiner Authentizität und Glaubwürdigkeit, da nun Informationen nicht direkt aus deutschsprachigen Quellen vermittelt werden, sondern nur noch indirekt mithilfe des Englischen. Dies führt zwangsläufig zu einem Verlust sprachlicher und kultureller Nuancen bei der Darstellung komplexer Sachverhalte. Den Hörern und Zuschauern in aller Welt wird die Möglichkeit genommen, sich sprachlich *un-*vermittelt ein Bild über die Geschehnisse in Deutschland zu machen.

In einer globalisierten Welt, in der Sprachenvielfalt als kultureller Reichtum betrachtet wird, sendet die Abschaltung des deutschen TV-Programms ein falsches Signal. Sie leistet einem Bedeutungsverlust der deutschen Sprache im weltweiten Diskurs Vorschub. Es handelt sich hier um einen tiefen Einschnitt in die Identität und Mission des Senders. Die AfD-Bundestagsfraktion wird sich weiterhin dafür einsetzen, Deutsch als Weltsprache umfassend zu fördern.

PARLAMETARISCHE INITIATIVEN UND REDEN DER AfD-BUNDESTAGSFRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG, 20. WAHLPERIODE



ANTRÄGE

DRUCKSACHE

Beabsichtigte Rückgabe der Benin-Bronzen an Nigeria umgehend stoppen	20/705
Keine weiteren Verzögerungen mehr bei der Errichtung des Denkmals zur Mahnung und Erinnerung an die Opfer der kommunistischen Diktatur in Deutschland	20/1031
Jetzt Konsequenzen aus dem Antisemitismus-Skandal auf der documenta ziehen – Förderung des Postkolonialismus umgehend einstellen	20/2598
Einrichtung einer unabhängigen Beratenden Gustav-Nachtigal-Kommission für Kulturgut aus kolonialem Kontext	20/3696
Einsetzung einer Enquete-Kommission «Zukunft der Medienordnung und des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Deutschland im Zeitalter umfassenden Wandels der öffentlichen Kommunikation und des Medien- und Pressewesens»	20/3949
Wissenschaftliche Aufarbeitung der NS-Vergangenheit ehemaliger Bundestagsabgeordneter	20/4896
Deutsche Identität verteidigen – Kulturpolitik grundsätzlich neu ausrichten	20/5226
Den 70. Jahrestag des Volksaufstandes in der DDR als nationalen Gedenktag würdig begehen	20/6421
Rekonstruktion zerrissener Stasi-Unterlagen umgehend in Angriff nehmen	20/7184
Wissenschaftliche Untersuchung der Parteizugehörigkeit und Funktionärstätigkeit späterer Bundestagsabgeordneter in der SED-Diktatur	20/7185
Standortentscheidung für ein Denkmal zur Ehre des demokratischen Widerstandes und Erinnerung an die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft in Deutschland	20/7186

Die Restitution von Benin-Bronzen aus deutschen Museumssammlungen an Nigeria umgehend einstellen	20/7201
Keine Ideologisierung der Bundesfilmförderung – Der Kunstfreiheit Geltung verschaffen	20/8415
Die historischen Bauten und Anlagen der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten für den Publikumsverkehr offenhalten	20/8420
Generalshotel retten – Denkmäler schützen und nicht zerstören	20/8422
Berliner Bauakademie von Karl Friedrich Schinkel jetzt nach historischem Vorbild rekonstruieren	20/11629
Antisemitismus an der Wurzel bekämpfen – Die Bundesmittel für das Sonderprogramm Globaler Süden zur Aufarbeitung der postkolonialistischen Ideologie einsetzen	20/12091
Auf dem ehemaligen Flugplatz Rangsdorf eine würdige Gedenkstätte für die Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944 errichten	20/12094
Gerechtigkeit für die Opfer politischer Verfolgung in der ehemaligen SBZ und DDR – Beweislastumkehr bei Anerkennung von Gesundheitsschäden gesetzlich verankern, Zuwendungen für Haftopfer anheben und Bedürftigkeitsprüfung abschaffen	20/12971
Gerechtigkeit für Familien schaffen, die in der DDR und SBZ Opfer von staatlich organisiertem Kindesraub wurden	20/13621
Verständigung mit Polen verbessern – Das Internationale Mahnmal in Dachau um eine polnischsprachige Inschrift ergänzen	20/13781
Ostdeutsches Kulturerbe bewahren – Den vollständigen Namen des ehemaligen Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa wiederherstellen	20/13782

REDEN	DATUM
Ostdeutschland, Integration und Kultur (Dr. Marc Jongen)	13.01.2022
Ostdeutschland, Integration und Kultur (Martin E. Renner)	13.01.2022
30 Jahre Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (Dr. Marc Jongen)	17.03.2022
30 Jahre Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (Dr. Götz Frömming)	17.03.2022
Medien- und Kommunikationsbericht 2021 (Martin E. Renner)	17.03.2022
Mahnmal für die Opfer des Kommunismus (Dr. Götz Frömming)	17.03.2022
Haushalt: Bundeskanzler und Bundeskanzleramt (Dr. Marc Jongen)	23.03.2022
Aufgabenplanung Deutsche Welle 2022 bis 2025 (Martin E. Renner)	28.04.2022
Zukunftszentrum Europäische Transformation und Deutsche Einheit (Dr. Marc Jongen)	18.05.2022
Haushalt: Bundeskanzler und Bundeskanzleramt (Martin E. Renner)	01.06.2022
Errichtung eines Dokumentationszentrums 2. Weltkrieg (Dr. Marc Jongen)	23.06.2022

Antisemitismusskandal bei der documenta (Dr. Marc Jongen)	07.07.2022
Haushalt: Bundeskanzler und Bundeskanzleramt (Dr. Marc Jongen)	07.09.2022
Lehren aus dem ARD-Skandal (Martin E. Renner)	23.09.2022
Lehren aus dem ARD-Skandal (Dr. Marc Jongen)	23.09.2022
Bekämpfung von Antisemitismus (Dr. Marc Jongen)	09.11.2022
Enquete-Kommission Zukunft der Medienordnung (Martin E. Renner)	11.11.2022
Haushalt: Bundeskanzleramt und Bundeskanzleramt (Martin E. Renner)	23.11.2022
Holodomor in der Ukraine (Dr. Marc Jongen)	30.11.2022
EU-Verordnung Europäisches Medienfreiheitsgesetz (Martin E. Renner)	01.12.2022
Schutz für die Kulturbranche (Dr. Marc Jongen)	15.12.2022
Deutsche Welle (Martin E. Renner)	16.12.2022
Kulturpolitik, Kulturgut aus kolonialem Kontext (Dr. Marc Jongen)	19.01.2023
Algorithmen in digitalen Medien (Martin E. Renner)	10.02.2023
Geschäftsbeziehungen zwischen Bundesregierung und Journalisten (Martin E. Renner)	16.03.2023
Geschäftsbeziehungen zwischen Bundesregierung und Journalisten (Dr. Marc Jongen)	16.03.2023
175 Jahre Nationalversammlung in der Paulskirche (Dr. Götz Frömming)	11.05.2023
175 Jahre Nationalversammlung in der Paulskirche (Martin E. Renner)	11.05.2023
Mahnmal für NS-verfolgte Zeugen Jehovas (Dr. Marc Jongen)	11.05.2023
Scheitern bei der Restitution der Benin-Bronzen (Dr. Marc Jongen)	12.05.2023
70 Jahre Volksaufstand – SED-Unrecht (Dr. Götz Frömming)	14.06.2023
70 Jahre Volksaufstand am 17. Juni 1953 (Dr. Götz Frömming)	15.06.2023
70 Jahre Volksaufstand am 17. Juni 1953 (Dr. Marc Jongen)	15.06.2023
Mahnmal für NS-verfolgte Zeugen Jehovas (Dr. Götz Frömming)	22.06.2023
Haushalt: Bundeskanzler und Bundeskanzleramt (Dr. Marc Jongen)	06.09.2023
Änderung des Filmförderungsgesetzes (Dr. Marc Jongen)	21.09.2023

Errichtung eines Dokumentationszentrums 2. Weltkrieg (Dr. Marc Jongen)	19.10.2023
Schutz jüdischen Lebens in Deutschland (Dr. Götz Frömming)	09.11.2023
Barrierefreiheit (Dr. Marc Jongen)	15.12.2023
Haushalt: Bundeskanzler und Bundeskanzleramt (Martin E. Renner)	31.01.2024
Antisemitismus in allen Erscheinungsformen aktiv bekämpfen (Dr. Marc Jongen)	20.03.2024
Aufarbeitung von NS-»Euthanasie« und Zwangssterilisation (Dr. Götz Frömming)	27.06.2024
Neuausrichtung der Exzellenzstrategie (Dr. Marc Jongen)	04.07.2024
Rehabilitierung für Opfer der politischen Verfolgung in der DDR (Dr. Götz Frömming)	26.09.2024
Änderung des Kulturgutschutzgesetzes (Dr. Götz Frömming)	26.09.2024
35 Jahre Mauerfall (Dr. Götz Frömming)	08.11.2024
Filmförderungsgesetz (Martin E. Renner)	19.12.2024
Opfer von NS-»Euthanasie« und Zwangssterilisation (Volker Münz)	29.01.2025
Rehabilitierung für Opfergruppen in der DDR (Dr. Götz Frömming)	30.01.2025
Gesetz über die Stiftung Preußischer Kulturbesitz (Dr. Götz Frömming)	31.01.2025

GROBE ANFRAGEN

DRUCKSACHE

Zahlungen der Bundeszentrale für politische Bildung an externe Auftragnehmer	20/8441
Kenntnisse der Bundesregierung und ihr nachgeordneter Behörden über das vorgebliche Geheimtreffen von Potsdam sowie über eine Zusammenarbeit mit dem Unternehmensverbund CORRECTIV	20/11469

KLEINE ANFRAGEN

DRUCKSACHE

Mögliche Gefahr der Förderung verfassungsfeindlicher Organisationen durch ein Demokratieförderungsgesetz	20/58
Bundesförderung des Reeperbahn-Festivals in Hamburg	20/108
Der Schutz der Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit und die Löschpraktiken von YouTube	20/312
Restitutionsforderungen als mögliches kulturpolitisches Soft-Power-Instrument	20/381

Kulturpolitische Folgen des von der Kulturstaatsministerin verkündeten Aufbruchs in die Wirklichkeit	20/626
Artefakte aus dem historischen Königreich Benin in Sammlungen nigerianischer Museen	20/850
Journalismusforschung am Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt	20/918
Muttersprachlicher Deutschunterricht in Polen	20/971
Maßnahmen zum Schutz des ukrainischen Kulturgutes vor Zerstörungen im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg	20/1209
Geplante Museumsneubauten in Benin City im Zusammenhang mit der Restitution von Kulturgütern aus dem historischen Königreich Benin	20/1389
Büro der Polonia in Berlin	20/1478
Unterstützung der deutschen Minderheit in der Ukraine und Bewahrung deren kultureller Identität	20/1841
Subvention von Fernsehserien auf internationalen Videoplattformen durch den German Motion Picture Fund	20/1952
Standort für das Denkmal der Opfer des Kommunismus in Deutschland	20/2145
Stand des Wiederaufbaus der Potsdamer Garnisonkirche	20/2167
Radikal-islamische Strukturen, deren möglicher Einfluss auf Beiträge des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und Fördermaßnahmen durch die Bundesregierung	20/2171
Krieg gegen die Kultur in der Ukraine	20/2427
Subventionierung von TV-Serien auf kostenpflichtigen Videoplattformen durch den German Motion Picture Fund	20/2879
Der Streit um Postkolonialismus und Antisemitismus auf der documenta und seine Auswirkungen auf den deutschen Kulturbetrieb	20/3045
Der geplante Bau des Edo Museum of West African Art in Benin City und die Rolle des historischen Königreiches Benin im Sklavenhandel	20/3254
Verbreitung unabhängiger Informationen nach und in Russland	20/3415
Rechtlicher Rahmen der Rückgabe der Benin-Bronzen in deutschen Museumssammlungen an Nigeria	20/3647
Maßnahmen der Bundesregierung zum Erhalt des Betriebes der Kultureinrichtungen in der Energieversorgungskrise	20/3776
Dokument «Laufende Aktivitäten der Ressorts und Behörden gegen Desinformation im Zusammenhang mit RUS Krieg gegen UKR»	20/4340
Mögliche Zahlungen von Bundesministerien an Journalisten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und privatrechtlicher Medien	20/4433
Staatliche Krisenkommunikation mit der Bevölkerung bei großflächigen Stromausfällen	20/4637
Pressefreiheit in Russland, Belarus und der Ukraine – Rangliste der Pressefreiheit	20/4989
Zahlungen von Bundesministerien an Journalisten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und privatrechtlicher Medien	20/5437
Anonymisierung der Zahlungen von Bundesministerien an Journalisten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und privatrechtlicher Medien	20/6256

Zahlungen der Bundesregierung an Medien und Influencer für Werbung, Anzeigen, Kampagnen und Informationsmaßnahmen	20/6295
Zahlungen von Bundesministerien an Journalisten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und privatrechtlicher Medien in den Jahren 2013 bis 2017	20/6317
Mitnahme von Journalisten auf Dienstreisen der Bundesregierung	20/6513
Mögliche Schließung von Schlössern der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg für den Besucherverkehr	20/6532
Die Arbeit der Beratungs- und Vertrauensstelle Themis	20/7043
Vereinbarkeit von InfoMigrants mit dem Programmauftrag der Deutschen Welle	20/7106
Übertragung der restituierten Benin-Bronzen aus deutschen Museumssammlungen in das Privateigentum des Oba von Benin	20/7171
Kosten und Nutzen der Auftritte und Konten der Bundesregierung in den sozialen Medien	20/7314
Unbeantwortete und offene Fragen im Zusammenhang mit den in das Privateigentum des Oba von Benin restituierten Benin-Bronzen	20/7696
Vereinbarkeit vergüteter Nebentätigkeiten für Bundes- und Landesministerien mit dem Mitarbeiterkodex des ZDF	20/7721
Vereinbarkeit vergüteter Nebentätigkeiten für Bundes- und Landesministerien mit dem Verhaltenskodex der Deutschen Welle	20/7722
Vereinbarkeit vergüteter Nebentätigkeiten für Bundes- und Landesministerien mit den Richtlinien des Deutschlandradios	20/7724
Situation von Kindern und Eltern von politisch motivierten Zwangsadoptionen in der DDR	20/8814
Befürchtung eines Imageschadens für den Kulturstandort Deutschland durch Einsparungen bei den Bayreuther Festspielen	20/9853
Strittiger Umgang mit dem Erwerb von historischen Aufzeichnungen vom 9. November 1989	20/9889

KLEINE ANFRAGEN

DRUCKSACHE

Haltung der Bundesregierung zur Versenkung des Danziger Paramentenschatzes an die Danziger Marienkirche in Polen	20/9972
Weitestgehende Einstellung des deutschsprachigen Programms durch die Deutsche Welle	20/10145
Einhaltung des Föderalismusprinzips und Neutralitätsgebots durch die Staatsministerin für Kultur und Medien	20/10185
Mögliche Wettbewerbsverzerrung durch presseähnliche Angebote des öffentlich-rechtlichen Rundfunks im Internet	20/10342
Einhaltung des Neutralitätsgebots gegenüber der AfD durch die Staatsministerin für Kultur und Medien	20/10344
Zugang zu Entschädigungsleistungen aufgrund gesundheitlicher Schäden für ehemalige politische Häftlinge der Sowjetischen Besatzungszone und DDR	20/10881
Konsequenzen der Ersetzung der Beratenden Kommission im Zusammenhang mit der Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturguts durch ein Schiedsgericht	20/10886
Aufwendungen der Bundesregierung für Informationsmaßnahmen, Anzeigen, Kampagnen und Werbung für das Jahr 2023	20/11122

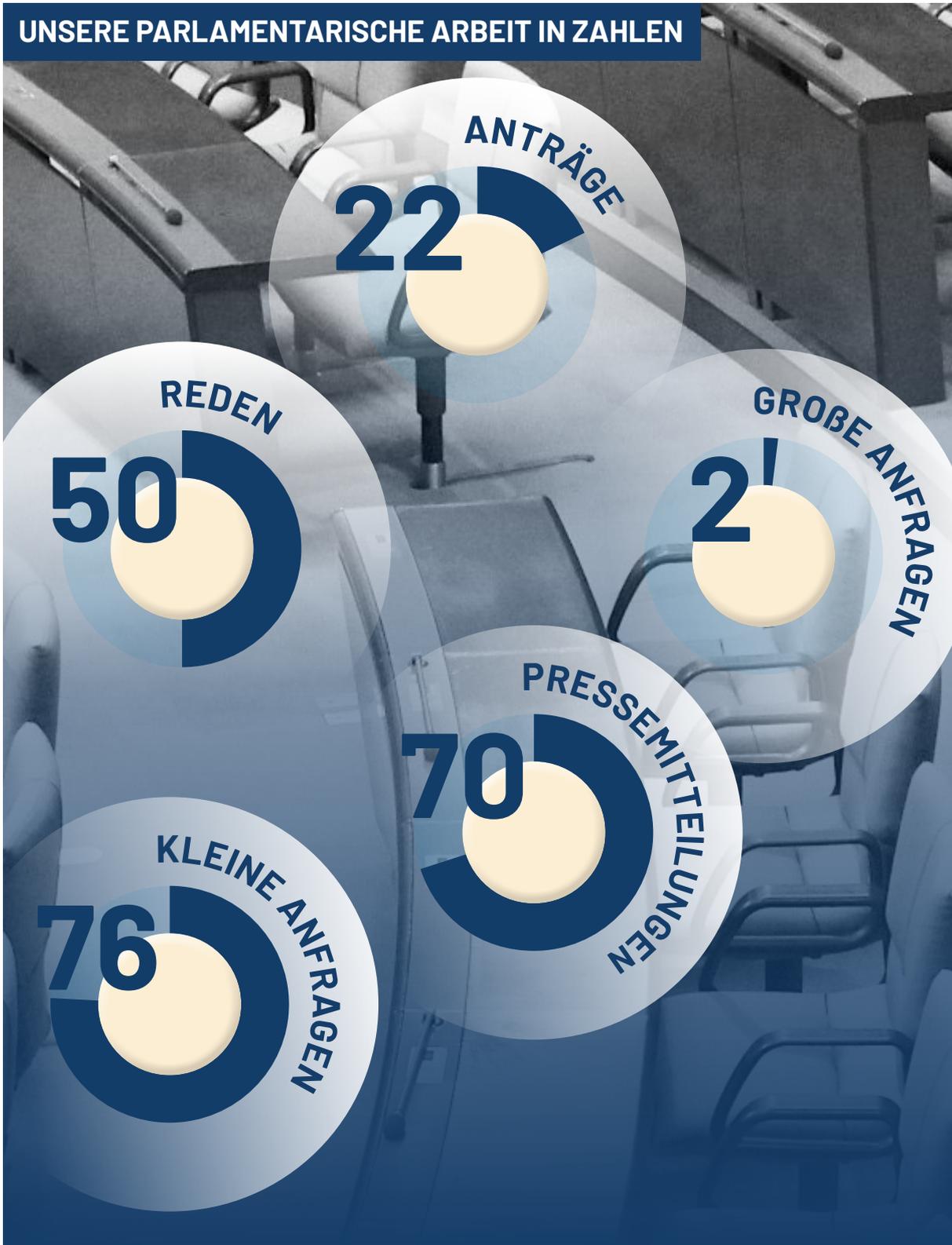
Programmatische Konsequenzen der Neuaufstellung der Erinnerungskultur durch die Kulturstaatsministerin	20/11296
Verausgabung zusätzlicher Bundesmittel für die deutsche Minderheit in Polen im Jahr 2023	20/11521
Umgang der Bundesregierung mit Desinformationskampagnen	20/11930
Staatliche Mitfinanzierung von CORRECTIV und anderen privaten Medienbetrieben	20/12299
Bedeutung von Wiedergutmachungsleistungen für polnische NS-Opfer für die deutsch-polnischen Beziehungen	20/12381
Qualitätsansprüche der Bundeszentrale für politische Bildung bei Produktion und Veröffentlichung von Videos in sozialen Medien	20/12386
Umstände der Übergabe von drei unbefristeten Dauerleihgaben aus dem Museum Hamburger Bahnhof – Nationalgalerie der Gegenwart aus der Sammlung Erich Marx an dessen Erben	20/12460
Vertrauliche Hintergrundgespräche der Bundesregierung mit ausgewählten Medien	20/12592
Krankenstand und Personalentwicklung in der Behörde der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien	20/12593
Aufwendungen der Bundesregierung für Broschüren – Print- und Onlinepublikationen – von 2020 bis 2024 (Nachfrage zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 20/11327)	20/12675
Aussendung von Briefen seitens der Gedenkstätte Buchenwald an Bürger vor der Landtagswahl in Thüringen	20/12697
Qualitätsansprüche der Bundeszentrale für politische Bildung bei Produktion und Veröffentlichung von Videos in sozialen Medien (Nachfrage zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 20/12512)	20/12818
Rahmenzeitplan und Kostenentwicklung der Sanierung des Pergamonmuseums	20/12854
Juristische Verfolgung öffentlicher Äußerungen durch die Bundesregierung	20/12895
Hintergründe der Rückforderung von zur Existenzsicherung der Kultur- und Kreativwirtschaft ausgezahlten Fördergeldern	20/12897
Berichte über eine versuchte Einflussnahme der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf die Bundesregierung zum Zwecke der Einbürgerung von Can Dündar	20/13102

KLEINE ANFRAGEN

DRUCKSACHE

«Fake Train» – Kosten und Nutzen des Jugendformats im Auftrag der Bundeszentrale für politische Bildung	20/13108
Konsequenzen aus der geplanten Auflösung der Beratenden Kommission im Zusammenhang mit der Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturguts	20/13174
Datenanfragen der Bundesregierung an Betreiber sozialer Netzwerke	20/13475
Beauftragung eines Tochterunternehmens der Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH durch die Bundesregierung	20/13484
Vorgehen der Bundesregierung gegen Desinformation in den sozialen Netzwerken	20/13497
Gründe und Art des Aufgabenzuwachses der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien	20/13547

UNSERE PARLAMENTARISCHE ARBEIT IN ZAHLEN



DIE MITGLIEDER DES ARBEITSKREISES KULTUR UND MEDIEN DER AfD-BUNDESTAGSFRAKTION





Dr. Götz Frömking MdB

Leiter des Arbeitskreises Kultur und Medien
der AfD-Bundestagsfraktion

Kulturpolitischer Sprecher
der AfD-Bundestagsfraktion

Parlamentarischer Geschäftsführer
der AfD-Bundestagsfraktion

BIOGRAFIE



Martin E. Renner MdB

Mitglied des Arbeitskreises Kultur und Medien
der AfD-Bundestagsfraktion

Medienpolitischer Sprecher
der AfD-Bundestagsfraktion

BIOGRAFIE



Beatrix von Storch MdB

Stellvertretendes Mitglied des Arbeitskreises
Kultur und Medien der AfD-Bundestagsfraktion

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende
der AfD-Bundestagsfraktion

BIOGRAFIE



Volker Münz MdB

Stellvertretendes Mitglied des Arbeitskreises
Kultur und Medien der AfD-Bundestagsfraktion

Hochschulpolitischer Sprecher
der AfD-Bundestagsfraktion

BIOGRAFIE



Dr. Marc Jongen MdEP

Bis Juli 2024: Leiter des Arbeitskreises Kultur
und Medien der AfD-Bundestagsfraktion

Bis Juli 2024: Kulturpolitischer Sprecher
der AfD-Bundestagsfraktion

BIOGRAFIE





FOLGEN SIE UNS

-  [AfDBundestag.de](https://www.afdbundestag.de)
-  fb.com/AfDimBundestag
-  [@AfDimBundestag](https://twitter.com/AfDimBundestag)
-  [youtube.com/
AfDFraktionimBundestag](https://youtube.com/AfDFraktionimBundestag)
-  [instagram.com/
afdimbundestag/](https://instagram.com/afdimbundestag/)
-  [tiktok.com/
@afdfraktionimbundestag](https://tiktok.com/afdfraktionimbundestag)
-  Rundbrief-Abonnement:
afdbundestag.de/rundbrief/



Herausgeber:

Fraktion der Alternative für Deutschland im Deutschen Bundestag vertreten durch den Fraktionsvorstand

Kontakt:

AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag
Bürgerbüro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227 57 141
Telefax: 030 227 56 349
E-Mail: buengerger@afdbundestag.de

Herstellung und Redaktion: Fraktionsverwaltung, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit

Bildnachweis: AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Stand: Februar 2025

Diese Veröffentlichung der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf nicht zum Zweck der Parteierwerbung und/oder als Wahlwerbung im Wahlkampf verwendet werden.